



## Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,  
an diesem Freitag haben wir im Deutschen Bundestag mit einer Gedenkveranstaltung an den 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges erinnert. Seit der Rede des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker wird der Tag von vielen als Tag der Befreiung gewürdigt.

Man kann von keinem Menschen verlangen, dass er sich befreit fühlt und eine Befreiung feiert, die er als solche nicht erlebt hat. Insofern braucht es Zeit und Abstand von persönlich erfahrenem Leid

und dem Zusammenbruch der eigenen Identität, um dieses geschichtliche Ereignis für sich selbst, die eigene Nation und die Welt später als eine Befreiung verstehen zu können. Ich selbst hatte das große Glück, dass meine Eltern durch ihre frühzeitige Ablehnung des Nazi-Regimes trotz ihrer Vertreibung sich sofort nach dem Krieg befreit fühlten. Deshalb konnte ich den 8. Mai schon immer aus ganzem Herzen als Tag der Befreiung feiern.

In dieser Woche haben wir zudem den 50jährigen Bestand der diplomatischen Beziehungen mit

Israel gefeiert. Zu Israel pflege ich eine ganz enge persönliche Verbindung, was in regelmäßigen Besuchen zum Tragen kommt.

Nicht stattfinden wird die geplante Reise des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe nach China. Sie wurde aufgrund des Erdbebens in Tibet auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen

Ihr Martin Patzelt

### Zweites „Get together“

Auch bei der zweiten „Get together“-Feier für alte und neue Frankfurter am 25. April wurde intensiv und teilweise ausgelassen gefeiert. In der Marienkirche standen zwei Etagen zur Verfügung, wobei die oberen geheizten Räume ein beliebter Ort insbesondere für Frauen und Kaffeegespräche waren. Dort herrschte gewissermaßen Café International-Atmosphäre. In der großen Halle der ehemaligen Kirche im Parterre gab es irakische Spezialitäten mit Fleisch oder Schafskäse. Bei den Spielfreudigen stießen „Shuffle Board“, „Mensch ärgere dich nicht“ und ein Angelspiel mit extra großen Spielfiguren auf große Begeis-

terung. Dazu gab es Musik, die viele zum Tanzen anregte. In der Stadt Engagierte und Vertreter der Initiativen nutzten die Gelegenheit für einen Meinungs- und Gedankenaustausch. Mit meinen Mitarbei-

tern werde ich analysieren, wie wir die beiden bisherigen Veranstaltungen weiterentwickeln können. Eines verrate ich bereits hier: Das „Get together“ mache ich zu einer Veranstaltungsreihe!



## Wassertourismus: Schleusenbetriebszeiten wieder verlängern

Anfang des Jahres wurde durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) eine Änderung der Schleusenbetriebszeiten bekanntgegeben. Den Schleusen auf der Dahme-Wasserstraße und den Storkower Gewässern wurden dabei die Betriebszeiten am Abend und am Morgen um jeweils mehrere Stunden gekürzt.

Für unseren Wassertourismus und die gesamte Region war und ist das ein harter Rückschlag, da es die Anstrengungen der Kommunen, Gemeinden, aber auch vieler Privater, den Wassertourismus in unserem Wahlkreis zu entwickeln, konterkariert. Viel wurde investiert. Arbeitsplätze sind entstanden. Tagesausflügler aus Berlin kommen per Boot zu uns in die Region. Die Beliebtheit wächst. Das belegen auch die jährlich steigenden Besucherzahlen. Eine aktuelle Studie der IHK beziffert die Wertschöpfung des Bootstourismus in Brandenburg auf 200 Millionen jährlich. Es ist toll, was in den letzten Jahren geschaffen

wurde. Mit den neuen Betriebszeiten wird aber ein Tagesausflug in unsere Region unattraktiv bzw. kaum realisierbar, da bereits ab 18 Uhr vielerorts keine Schleusungen mehr möglich sind. Wenn Wassertouristen ausbleiben, hat das nicht nur negative Auswirkungen auf diesen Touristenzweig, sondern auf die Gesamtwirtschaft unserer Region.

Am vergangenen Dienstag hatte ich daher, zusammen mit meinem Kollegen Hans-Georg von der Marwitz und anderen Bundestagsabgeordneten der SPD, dem Landrat des Landkreises Dahme-Spree sowie Vertretern von Tourismusverbänden einen Termin mit dem Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesverkehrsministerium Enak Ferlemann, sowie Vertretern des Wasserschifffahrtsamtes. Wir haben uns nachdrücklich für die Verlängerung der Betriebszeiten eingesetzt. Wir verdeutlichten bei dem Treffen nochmals die negativen Folgen der Entscheidung des WSV und die Wichtigkeit des Wassertourismus für unsere Region. Man

sagte uns, dass eine Rücknahme der Änderung nicht möglich sei, da Personalmangel herrsche und finanzielle Mittel nicht bereitstünden. Zwar konnten wir nicht erwirken, dass die Betriebszeiten kurzfristig wieder verlängert werden. Aber wir konnten erreichen, dass das Ministerium eine Verlängerung der Öffnungszeiten mit ehrenamtlichen oder pensionierten Schleusern prüfen wird, wofür wir uns freuen. Da aber längere Betriebszeiten für unsere Region sehr wichtig sind und die Hochsaison bald anläuft, kämpfen wir weiter für eine kurzfristige Übergangslösung.

Wir Abgeordnete werden uns nun an Alexander Dobrindt, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, wenden, mit der Bitte, die in 2014 realisierten Schleusenbetriebszeiten auch 2015 und in den darauffolgenden Jahren Übergangsweise zu gewährleisten, bis die jeweiligen Schleusen automatisiert eingesetzt werden können.

## 50 Jahre diplomatische Beziehungen mit Israel

An das 50jährige Bestehen der diplomatischen Beziehungen mit Israel wurde am vergangenen Donnerstag mit einer Bundestagsdebatte erinnert.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein enges und freundschaftliches Verhältnis mit Israel entwickelt. Zahlreiche Kooperationen in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur sind entstanden. Viele tausend junge Israelis und Deutsche haben sich in Austauschprogrammen kennengelernt und sind Freunde geworden. Angesichts des unendlichen Leids,

das Deutschland den Juden mit der Shoah zugefügt hat, ist es nicht selbstverständlich, dass wir heute mit Israel eine so gute Partnerschaft leben. Dafür bin ich dankbar. Die Welt ist in den vergangenen 50 Jahren aber nicht friedlicher geworden. Israels Existenzrecht wird von einigen Staaten immer noch in Frage gestellt. Antisemitische Übergriffe haben in Deutschland im letzten Jahr einen traurigen Höchststand erreicht. Vor diesem Hintergrund und aufgrund unserer besonderen Verant-

wortung für Israel müssen wir Deutschen dem Antisemitismus immer wieder entgegengetreten. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfractionen wurde einstimmig angenommen, was mich sehr freute, da sich der Bundestag, trotz sonst bestehender parteipolitischer Kontroversen in dieser Frage einig war und damit ein deutliches Zeichen für Israel - nach innen wie nach außen - setzte.

## Ein Herz für Mehrkindfamilien

Zum ersten Tag der Städtebauförderung in Deutschland am Samstag habe ich als der für das Thema Mehrkindfamilien zuständige Berichterstatter folgende Presseerklärung veröffentlicht:

„Zum ersten Tag der Städtebauförderung in Deutschland möchte ich den Blick auf die Mehrkindfamilien lenken, die sich unter einem enormen persönlichen Einsatz und unter Verzicht auf viele materielle Annehmlichkeiten um ihren Nachwuchs kümmern und damit einen wichtigen Beitrag zum Fortbestand unserer Gesellschaft leisten. Darum ist es

enorm wichtig, dass wir dazu beitragen, dass vor allem in den Großstädten ausreichend Wohnraum mit dem Platzbedarf von Mehrkindfamilien angeboten wird. Ich unterstütze daher ausdrücklich unseren Antrag „Starke Städte und Quartiere – Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung fortschreiben“, der sich dafür ausspricht, die Belange von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen.

In Deutschland leben 1,2 Millionen Familien mit drei oder mehr Kindern. Davon sind 24 Prozent armutsgefährdet. Bei 288.000 Familien sind also

rund 900.000 Kinder betroffen. 13 Prozent der kinderreichen Familien, und damit rund eine halbe Millionen Kinder, sind auf Transferleistungen angewiesen. Viele Mehrkindfamilien kämpfen mit Vorurteilen ihrer Vermieter.

Eine prekäre Wohnsituation, weil sich auch besser verdienende Mehrkindfamilien große Wohnungen in Städten und Ballungsgebieten nicht leisten können, stellt eine äußerst ungünstige Voraussetzung für die erfolgreiche Sozialisation dringend benötigter verantwortlicher Menschen in der zukünftigen Gesellschaft dar.“

## Menschenrechte und deutsche Politik

In einer öffentlichen Anhörung des Menschenrechtsausschuss erörterten Sachverständige auf der Grundlage des elften Menschenrechtsberichts die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung. Insgesamt hoben die Experten eine positive Veränderung in der deutschen Menschenrechtspolitik hervor. Man könne feststellen, dass der Grad der Sensibilität für Menschenrechtsverletzungen gestiegen sei. Offen bleibe, wohin der Weg der deutschen Politik in der Frage der Umsetzung der allgemein gültigen, anerkannten Menschenrechte konkret gehen würde und wofür die Menschenrechte an sich noch stünden. Es komme nun darauf an, die anerkannten Menschenrechte für alle Menschen überall durch-

zusetzen. Politik müsse wirksam sein.

Die Überprüfung der Einhaltung der Menschenrechte sei dabei eine schwierige Aufgabe. Dabei könne auch und gerade die tatsächlich umgesetzte Religionsfreiheit ein wesentlicher Gradmesser für die Menschenrechtssituation eines Landes sein, so Markus Rode von Open Doors, der sich für die vielen weltweit verfolgten Christen einsetzt.

Martin Lessenthin von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte betonte, dass die deutsche Politik beim Thema Genitalverstümmelung wirksam geworden sei.

Die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Beate Rudolf, empfahl der Politik, mutiger und streitbarer in

der Einforderung der Menschenrechte zu sein. Auf meine Fragen, ob Dialoge verändern könnten und ob Dialoge auch mit diktatorischen Staaten, beispielsweise Nordkorea, geführt werden könnten, um Menschenrechtsverletzungen zu mindern, antwortete der Historiker Jan Eckel mit einem klaren Ja. Der Dialog sei die gute Form, Veränderung zu bewirken. Die Qualität des Dialogs müsse man daran messen, ob es danach tatsächliche Veränderung geben werde. Der Humanwissenschaftler Michael Klundt meinte sogar, dass der vor 40 Jahren stattgefundenen Massenmord durch die Roten Khmer in Kambodscha durch ein dialogisches Miteinander vielleicht hätte verhindert werden können.

## Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
martin.patzelt.ma04@bundestag.de  
geöffnet: Di + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata  
Saarlouiser Str. 35  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Ausbildung zum „Botschafter“

Zum Flüchtlingsgipfel am 8.5. habe ich in meiner Funktion als Berichterstatter für das Thema Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF) folgende Presseerklärung veröffentlicht.

„Bislang können Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF) nur in seltenen Fällen eine Berufsausbildung beginnen. Dies kommt einer Verschwendung von menschlichem und auch materiellem Kapital gleich. Derzeit leben rund 14.000 Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in Deutschland und ihre Anzahl wächst. Da sie auch bei fehlendem Asylgrund nicht vor dem Erreichen ihrer Volljährigkeit in ihre Herkunftsländer

abgeschoben werden können, macht es Sinn, allen eine Ausbildung zu ermöglichen. Auch bei vorliegenden Abschiebegründen sollte eine Ausbildung bis zu ihrem Abschluss garantiert werden. Im Fall der danach aus gesetzlichen Gründen erforderlichen Abschiebung werden diese jungen Menschen in ihren Herkunftsländern zu Brückenköpfen nachhaltiger Entwicklungshilfe. Sie werden quasi zu „Botschaftern“ von Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft. Mit ihren hier gewonnenen Erfahrungen und dank einer exzellenten Ausbildung könnten sie einen wesentlichen Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisie-

rung ihres Heimatstaates leisten. Diejenigen aber, denen hier ein dauerhaftes Asyl gewährt wird, sind aus demographischen Gründen willkommene Leistungsträger für unsere der Überalterung ausgesetzten Gesellschaft. In vielen Anhörungen mit Freien Trägern hat sich gezeigt, dass sich die politischen und fachlichen Vorstellungen einander annähern. Darum bin ich zuversichtlich, dass die zurzeit in der Novellierung befindliche Gesetzgebung diese sinnvolle Regelung ermöglichen wird. Damit würde auch ein in jahrzehnte-langer Facharbeit gewonnene Erfahrungsvorlauf der Freien Träger in die politische Gestaltung mit einbezogen.“

## Neuausrichtung der Humanitären Hilfe

Sowohl die Anzahl als auch das Ausmaß der humanitären Krisen in der Welt hat weiter zugenommen, gleichzeitig aber sind die zur Verfügung stehenden Mittel nicht in gleichem Maße gestiegen.

Am Freitag war die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland Thema einer Debatte im Deutschen Bundestag. Grundlage war der entsprechende Bericht der Bundesregierung über die Jahre 2010 bis 2013. Nach der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen am 04.03.2015 im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe begrüße ich, dass der Menschenrechts-

ausschuss die schwierige Arbeit der deutschen und internationalen Hilfsorganisationen würdigt und den im Bericht aufgeführten Paradigmenwechsel von der reaktiven zur vorausschauenden Hilfe besonders hervorhebt. Schwerpunkte der deutschen Hilfe lagen in Afrika, dem Nahen Osten und Asien. Ziel der humanitären Hilfe ist es, das Leid betroffener Menschen zu lindern und das Überleben in Würde zu ermöglichen. Bestes Beispiel ist die Hilfe für die in Not geratenen Flüchtlinge.

Um den neuen Herausforderungen in puncto Effizienz und Qualität auch zukünftig gewach-

sen zu sein, hat es seit 2011 Änderungen in der Ressortzuständigkeit zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegeben. Der eingesetzte Koordinierungsausschuss beim Auswärtigen Amt koordiniert weiterhin kurzfristige Projekte der Soforthilfe, misst aber auch den vorausschauenden strategisch langfristigen Projekten der humanitären Hilfe neues Gewicht bei. Zudem hat der Bundestag die Erhöhung der Mittel auf 400 Millionen Euro für die humanitäre Hilfe für den Haushalt 2015 bereits umgesetzt.